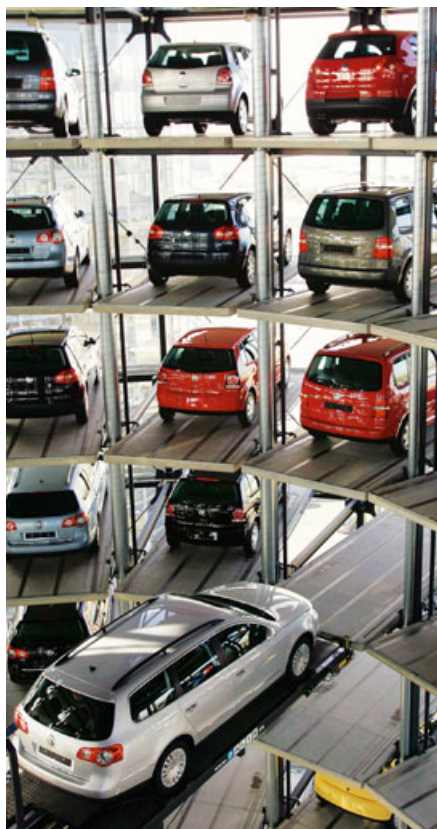


VW-GESETZ

Rücksicht auf Freunde

Unter Führung des Kanzleramts arbeitet die Bundesregierung derzeit an einem Kompromiss für ein neues VW-Gesetz. Dabei soll dem Land Niedersachsen, das gut 20 Prozent der Stimmrechte an Volkswagen besitzt, über eine „Produktionsverlagerungsklausel“ Mitsprache bei künftigen Standortentscheidungen, insbesondere Verlagerungen ins Ausland, eingeräumt werden. Unterdessen umwirbt der Porsche-Vorstandsvorsitzende Wendelin Wiedeking, dessen Unternehmen Volkswagen übernehmen will, Mitglieder der Regierung. Am Dienstag vorvergangener Woche traf er Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU), der die Pläne seiner Justizkollegin Brigitte Zypries



VW-Auslieferung (in Wolfsburg)

(SPD) vorerst gestoppt hat. Sie will Niedersachsen trotz der geringen Anteile eine Sperrminorität einräumen. Wiedeking freute sich zu hören, dass Glos ein neues VW-Gesetz für überflüssig hält. Ganz so weit möchte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) aber offenbar nicht gehen. Aus Rücksicht auf ihren Parteifreund, Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff, will sie den Einfluss des Landes offenkundig wenigstens zum Teil erhalten.



Airbus-Tankflugzeug (Computersimulation)

RÜSTUNG

Airbus hebt in den USA ab

Überraschend hat der Airbus-Konzern zusammen mit dem Rüstungsunternehmen Northrop Grumman am Freitag vergangener Woche den Zuschlag für einen Milliardenauftrag des US-Verteidigungsministeriums für neue Tankflugzeuge der US-Luftwaffe bekommen. Der gewaltige Auftrag umfasst 179 Flugzeuge des Typs KC-45A und hat einen Wert von rund 35 Milliarden Dollar. Etwa 27 000 Arbeitsplätze hängen in den USA mit der Auftragsvergabe zusammen. Damit gehört der Deal nach Angaben des Pentagons zu den drei größten Aufträgen, welche die US-Luftwaffe je vergeben hat. Das Konsortium um Airbus „konnte der Regierung am meisten fürs Geld anbieten“, so eine Sprecherin. Insgesamt will das Pentagon 100 Milliarden Dollar für die Erneuerung seiner Tanker-Flugzeuge ausgeben. Vorher gingen die meisten Experten davon aus, dass der Auftrag, auch aus politischen Gründen, an den US-Konkurrenten Boeing gehen würde. Für Airbus bietet der Zuschlag die Chance, den US-Markt zu erobern. Die Endmontage des Flugzeugs wird im US-Bundesstaat Alabama eingerichtet. „Wir haben schon damit begonnen, unsere industrielle Basis in Amerika auszuweiten“, sagt Ralph Crosby, Geschäftsführer für EADS Nordamerika.

IMMOBILIENFINANZIERUNG

Union will Kreditnehmer stärker schützen

In der Diskussion um die Zulässigkeit von Kreditverkäufen auch privater Hauslehaber will die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag die Schuldner stärker schützen. So sollen Darlehen künftig nicht mehr fällig gestellt werden können, wenn sich nur die wirtschaftliche Situation des Schuldners verschlechtert. Stattdessen müsste der Kredit tatsächlich gestört sein – also Zins- oder Tilgungsleistungen ausbleiben oder verzögert eingehen. Das heißt: Eine Bank könnte einem inzwischen arbeitslosen Kunden ein Darlehen nicht kündigen, solange beispielsweise dessen Eltern die Raten übernehmen. Zudem unterstützt die Union Überlegungen, als Kreditkäufer nur Banken zuzulassen. So wäre sichergestellt, dass Darlehen im Schnitt immer mit acht Prozent Kapital unterlegt sind.

Eine Kreditblase wie im US-Hypothekenmarkt wäre damit zumindest unwahrscheinlicher. Allerdings hätte dies kaum Auswirkungen auf die Verbraucher. Denn rabiate Kreditaufkäufer wie die amerikanische Firma Lone Star haben hierzulande allesamt eine Banklizenz. Am vergangenen Dienstag hat das Oberlandesgericht München die Rechte eines Kreditnehmers gestärkt, dessen Haus eine Lone-Star-Tochter zwangsversteigern lassen wollte.



Neubausiedlung (in Bad Vilbel)